



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Pressekonferenz

Beschäftigtenbefragung „Arbeit: sicher und fair.“ Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Frankfurt, 18. Juni 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit der Befragung „Arbeit: sicher und fair“ hat die IG Metall in diesem Frühjahr die größte Umfrage zur Stimmung und zu den Erwartungen der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt.

Wir greifen die Meinung der Menschen auf und machen sie heute zum Gegenstand der politischen Debatte mit Blick auf die Bundestagswahl.

Darüber hinaus ziehen wir unsere Schlussfolgerungen aus den Antworten zu der persönlichen Situation am Arbeitsplatz.

Wir werden daraus unsere tarif- und betriebspolitische Strategie ableiten.
Nach unserer ersten Befragung 2009 unter dem Titel „Deine Stimme für ein gutes Leben“, bei der 450.000 Menschen mitgemacht haben, hat uns dieses Jahr der Rücklauf bei der nun noch umfangreicheren Erhebung geradezu überwältigt:

Mehr als eine halbe Million Beschäftigte aus mehr als 8.400 Betrieben haben uns Aufschluss darüber gegeben, welchen Stellenwert Arbeit in ihrem Leben wirklich hat, und was sie von den Arbeitgebern und der Politik erwarten.

Das Signal ist eindeutig:

Deutschlands Beschäftigte sind es leid, dass an ihnen vorbeiregiert wird.

Sie wollen gefragt werden, mitmachen, beteiligt werden. Unser Konzept der Beteiligungsorientierung greift das auf.

Auf die wesentlichen Ergebnisse und unmittelbaren Schlussfolgerungen für die Bundestagswahl wird gleich unser Erster Vorsitzender, Berthold Huber, eingehen.

Ich möchte Ihnen vorher einen Überblick zur größten deutschen Beschäftigtenbefragung geben:

Es haben sich 514.134 Beschäftigte aus dem Organisationsbereich der IG Metall beteiligt.

31 Prozent davon sind keine Gewerkschaftsmitglieder – damit ist es uns gelungen, mehr als 150.000 Menschen über unsere Kernklientel hinaus für diese Befragung zu motivieren.

80 Prozent der Antworten kamen von Männern und 20 Prozent von Frauen. Damit lag die Beteiligung der weiblichen Beschäftigten leicht über dem Organisationsgrad der IG Metall (18 Prozent).

Wie Sie der Darstellung entnehmen können, entspricht auch die Altersverteilung dem Zuständigkeitsbereich der IG Metall.

Wie offen, insbesondere die jüngere Generation für Gewerkschaftsthemen ist, zeigte ihr Engagement bei der Umfrage: Mehr als jeder vierte Fragebogen (27 Prozent) kam von einer oder einem Beschäftigten unter 35 Jahren.

Es haben auch viele Angestellte und Hochqualifizierte mitgemacht.

Gerade bei den Akademikern, Meistern/Technikern und Fachwirten haben wir weit mehr als unsere eigenen Mitglieder ansprechen können:

Während etwa 20 Prozent unserer Mitglieder Angestelltentätigkeiten ausüben, lag die Beteiligung dieser Gruppe mit 27 Prozent fast um ein Drittel höher.

Die nächste Grafik zeigt Ihnen die Verteilung nach Tätigkeitsbereichen.

Die Daten und Zahlen belegen: Diese Befragung einer halben Million Menschen hat repräsentativen Charakter.

Sie ist die umfassendste empirische Untersuchung zu zentralen politischen und betrieblichen Gestaltungsfragen für den industriellen Sektor einschließlich industrienaher Dienstleistungen und Handwerksbereiche.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben dokumentiert:
Sie vertrauen der IG Metall und sie sind die Experten in den Betrieben.

Allein, dass acht Prozent der Befragten von der Möglichkeit individueller Statements in einem eigenen Kommentarfeld Gebrauch gemacht hat, zeugt von Engagement.

Das bedeutet:

Die Beschäftigten wollen und sollen stärker berücksichtigt und beteiligt werden – auf allen Ebenen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für uns als IG Metall ist die Beteiligung ein Schlüsselthema in der Gestaltung unserer Arbeit.

Den einsamen Entscheidungen in den Elfenbeintürmen von Politik und Wirtschaft setzen wir Demokratie entgegen. Gleiches gilt auch für den Lobbyismus.

Wer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Beispiel bei Einschnitten wie der Rente mit 67 vor starre, einschneidende und vollendete Tatsachen setzt, braucht sich über Wahlmüdigkeit und Politikerverdrossenheit nicht zu wundern.

Wer betroffen ist, soll auch mitentscheiden. Und wer mitentscheidet, ist ein aktiver und produktiver Träger unserer Gesellschaft – in der Politik wie in den Betrieben.

Wir brauchen endlich einen Mentalitätswandel in der Republik:

Bürger und Beschäftigte dürfen nicht weiter als notwendiges Übel für das Funktionieren des Systems angesehen werden, deren Willen man sich nur notfalls beugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Messlatte einer größeren Teilhabe und Beteiligung haben wir als IG Metall natürlich auch uns selbst auferlegt.

Die IG Metall macht nicht nur Politik für die Beschäftigten, sondern mit den Beschäftigten:

Wir beteiligen sie und hören auf ihre Meinungen.

Die Befragung „Arbeit: sicher und fair“ ist deshalb für uns kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für unsere weitere Arbeit.

Bis zum Herbst werden wir in Zusammenarbeit mit renommierten wissenschaftlichen Instituten weitere detaillierte Analysen zu spezielleren betrieblichen Themen wie Arbeitszeit und Flexibilisierung, Qualifizierung sowie Vereinbarkeit von Arbeit und Leben erstellen.

Eine bundesweite Konferenz zum Jahresanfang 2014 sowie zahlreiche regionale Veranstaltungen werden den Grundstock für unsere künftige Ausrichtung bilden.

Und neben der bundesweiten und branchenspezifischen Auswertung sind die Ergebnisse das Handlungswerkzeug für die IG Metall vor Ort:

Die Beschäftigtenbefragung 2013 gibt unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten genaue Daten an die Hand, in welchen Themengebieten in den einzelnen Unternehmen der Schuh drückt.

Beteiligung ist für uns nicht nur mit dem Abfragen von Einstellungen und Wünschen erledigt, sondern Sprit für den Veränderungsmotor – für mehr Politik für die Menschen.

Wir fordern von der Basis in den Betrieben Meinungen für weitere Entscheidungen ein – sozusagen als Qualitätssicherung unserer Arbeit.

Beteiligung kostet natürlich Aufwand und Kraft – und verleiht uns letzten Endes trotzdem noch mehr Stärke.

Einmal alle vier Jahre wählen gehen, reicht nicht aus. Den Menschen müssen auch zwischendurch Beteiligungsmöglichkeiten gegeben werden.

Deshalb fordern wir neben einer Stärkung der Volksentscheide auf politischer Ebene auch in den Betrieben ein individuelles Beteiligungsrecht der Beschäftigten – für alle Fragen zu ihrer Arbeitssituation.

Beteiligung darf nicht damit erledigt sein, indem die Unternehmen einseitig Kreativitätspotenziale ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abschöpfen. Die Beschäftigten sind die wahren Experten im Betrieb und sollen bei den verschiedensten Fragen mitbestimmen können:

Wie können wir altersgerecht arbeiten?

Warum soll die Flexibilisierung der Arbeitswelt nicht auch den Beschäftigten nutzen?
Wie können wir Berufseinsteigern und jüngeren Beschäftigten wieder mehr Sicherheit für ihre Familienplanung geben?

Und ist ein mehr an Mitbestimmung und Beteiligung nicht auch für unsere wirtschaftliche Entwicklung eine unbedingte Notwendigkeit?

Das müssen sich Arbeitgeber fragen lassen – und sollten das am besten auch ihre Mitarbeiter fragen.

Wir sind überzeugt:

Eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten macht aus Jobs Berufe und aus Erwerbstätigkeit gute Arbeit.

Das hilft mit engagierten Mitarbeitern und innovativen Produkten auch den Unternehmen.

Eine stärkere Beteiligung der Menschen macht aus Steuerzahlern Bürger.
Das hilft der Demokratie und ihren Repräsentanten.

Eine stärkere Beteiligung der Mitglieder gibt Gewerkschaften als Vertreter eines großen Teils der Leistungsträger der Gesellschaft noch mehr Gewicht.
Das hilft dem ganzen Land.

Für die IG Metall ist klar:

Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften: wir alle müssen mehr Beteiligung wagen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!